



Berlin, 17. Dezember 2025

## Pressemitteilung

---

### **UNITI: Automobilpaket der EU-Kommission ist Etikettenschwindel**

**Das von der EU-Kommission gestern vorgelegte Automobilpaket ist aus Sicht von UNITI Etikettenschwindel: Statt wie angekündigt auf mehr Technologieoffenheit bei der Defossilisierung von Neufahrzeugen, setzt die Kommission damit vielmehr auf altbekannte oder sogar neue Maßnahmen, die den bisher von ihr verfolgten reinen „all electric“-Kurs weiter zementieren.**

Der Vorschlag der EU-Kommission zur Lösung der Antriebsfrage bleibt weit hinter den Erwartungen des mittelständischen Energiehandels zurück. Statt sich bei der CO<sub>2</sub>-Bilanzierung endlich ehrlich zu machen und zukünftig sämtliche klimarelevanten Emissionen über den gesamten Lebenszyklus eines Fahrzeugs und dessen Antriebsenergie zu erfassen, werden batterieelektrisch betriebene, lokal emissionsfreie Fahrzeuge weiterhin einseitig bevorzugt. So ist eine systematische Anrechenbarkeit des Klimaschutzbeitrags erneuerbarer Kraftstoffe im Rahmen der Flottenregulierung auch zukünftig nicht vorgesehen, sondern erfolgt 2035 nur in homöopathischen Dosen. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn: „Das bietet keinen ausreichenden Anreiz für Investitionen in den Markthochlauf erneuerbarer Kraftstoffe.“ Die bislang bekannt gewordenen Pläne lassen des Weiteren keinerlei Rückschlüsse zu, wie und auf welche Weise es zur Anrechnung nicht-fossiler Kraftstoffe bei der Verbrennerzulassung kommen soll. Nicht nachvollziehbar ist, warum die CO<sub>2</sub>-Minderung erneuerbarer Kraftstoffe überhaupt gedeckelt wird und die realen CO<sub>2</sub>-Einsparungen nicht in Gänze anrechenbar gemacht werden.

Ein hartes Verbrenner-Aus durch die Hintertür stellen aus UNITI-Sicht die Pläne der EU-Kommission für verbindliche E-Auto-Quoten für Dienstwagenflotten dar. Gewerbliche Zulassungen dominieren den Neufahrzeugmarkt in Deutschland. Nach dem Willen der EU-Kommission sollen diese und sogar Bestandsfahrzeuge in den Firmenflotten anteilmäßig einem E-Auto-Zwang unterworfen werden. Elmar Kühn von UNITI: „Eine solche Regelung wird nicht nur die deutsche Automobilindustrie hart treffen, die durch die schleppende E-Auto-Nachfrage gebeutelt ist, sondern in vielen weiteren Bereichen zu extremen Verwerfungen führen und dem Wirtschaftsstandort Deutschland massiv schaden.“

Aus Sicht von UNITI ist es nun wichtig, dass das EU-Parlament im weiteren Gesetzgebungsverfahren umfassende Änderungen an den Vorschlägen der EU-Kommission vornimmt. Gefordert werden auch die Bundesregierung sowie Bundeskanzler Friedrich Merz sein, über den EU-Ministerrat eine Lösung zu erreichen, die echte Technologieoffenheit ermöglicht.

### **Über UNITI:**

Der UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V. repräsentiert in Deutschland rund 90 Prozent des mittelständischen Energiehandels und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, Brennstoffen sowie Schmierstoffen. Täglich frequentieren über 4,3 Millionen Kunden die ca. 8.650 Straßentankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen, welche ca. 62 Prozent des Straßentankstellenmarktes ausmachen. Mit etwa 3.700 freien Tankstellen sind bei UNITI zudem fast 70 Prozent der freien Tankstellen organisiert. Überdies

versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Wärme. Die Verbandsmitglieder decken rund 95 Prozent des Gesamtmarktes für flüssige und feste Brennstoffe ab. Ebenso zählen mit einem Marktanteil von über 95 Prozent die meisten Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland zum Verband. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 95 Milliarden Euro und beschäftigen rund 100.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

**Pressekontakt UNITI:**

Alexander Vorbau, M.A.

Leiter Kommunikation

Tel.: (030) 755 414-520

E-Mail: [vorbau@uniti.de](mailto:vorbau@uniti.de)

UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V.